

Europe. Challenges and the Diversity of Responses / La Formation et l'Action dans le Travail Social pour L'Europe d'Aujourd'hui. Katowice 2003, S. 633 ff.

L' Ecole Supérieur de Travail Social: Doctorats en travail social, quelques initiatives européennes. Coordination Laot, François F. (ETSUP). Im Web auch in englischer Übersetzung zu finden: Doctoral Work in the Social Work Field in Europe. Rennes 2000

Salomon, Alice: Die Kunst Enquêtes zu machen. In: Frauenemanzipation und soziale Verantwortung, Band 1: 1856-1908. Neuwied 1997, S. 51

Salomon, Alice: Die soziale Schule in Warschau. In: Frauenemanzipation und soziale Verantwortung. Ausgewählte Schriften, Band 3. Neuwied 1997a, S. 370

Staub-Bernasconi, Silvia: Soziale Arbeit auf der Suche nach autonomen Paradigmen. In: Seibel, Friedrich W.; Lorenz, Walter (Hrsg.): Soziale Professionen für ein soziales Europa. ERASMUS-Evaluations-Konferenz, Koblenz 5.-7.7.1996. Frankfurt am Main 1998, S. 65 f.

UN-Centre for Human Rights, Human Rights and Social Work: A Manual for Schools of Social Work and the Social Work Profession. New York/Genf 1992/1994 (zitiert nach Staub-Bernasconi, Silvia: a.a.O., S. 84 f.)

Rundschau

► Allgemeines

Rekord bei Stiftungsgründungen. Im Jahr 2004 wurden 852 rechtsfähige Stiftungen bürgerlichen Rechts neu gegründet, so viele wie nie zuvor, teilte der Bundesverband Deutsche Stiftungen mit. Damit gibt es insgesamt 12 940 Stiftungen in Deutschland. Mit 184 Neugründungen belegt Nordrhein-Westfalen den Spitzenplatz, gefolgt von Bayern (138) und Baden-Württemberg (119). Die wenigsten Gründungen wurden aus Saarland (8) und Mecklenburg-Vorpommern gemeldet. *Quelle:* Info 4/05 der Bank für Sozialwirtschaft

Antidiskriminierungsgesetzgebung. Berlin bereitet sich für die Umsetzung des Antidiskriminierungsgesetzes (ADG) des Bundes auf Landesebene vor, indem die Staatssekretäre und -sekretärinnen eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingesetzt haben. Diese soll einerseits die Anpassung der Landesgesetze an das ADG erarbeiten und andererseits den Senat beraten, in welcher Struktur zukünftig mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zusammengearbeitet werden soll und bei welcher staatlichen Stelle sich die Bürgerinnen und Bürger bei Diskriminierungen beraten lassen können. Ein Mitarbeiter des Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen ist in dieser Arbeitsgruppe vertreten und für das Merkmal sexuelle Identität zuständig. *Quelle:* Infobrief vom April 2005 des Fachbereichs für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Sport von Berlin

Niedrigere Sozialversicherungsbeiträge. Die Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge um einen Prozentpunkt könnte längerfristig im besten Fall 150 000 neue Arbeitsstellen bringen. Zu diesem Ergebnis kommen Simulationsrechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Bei den Berechnungen wurde eine Gegenfinanzierung durch Einsparungen bei den Staatsausgaben oder eine Anhebung der Mehrwertsteuer angenommen. Der Abbau von Lohnnebenkosten allein kann aber die Beschäftigungskrise auf keinen Fall lösen. *Quelle:* *Presseinformation des IAB vom März 2005*

Berliner Forum Gewaltprävention: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2004, 132 S., kostenfrei *DZI-D-7112*

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind Phänomene, die in der Öffentlichkeit meistens dann größere Beachtung finden, wenn über entsprechend motivierte Straftaten und deren Folgen in den Medien berichtet wird. Demokratisches und tolerantes Handeln gegen diese „Ideologien“ erfordert eine Handlungskompetenz, die es zu entwickeln und zu stärken gilt. In Berlin sind in den letzten Jahren eine Vielzahl von Projekten, Initiativen, „runden Tischen“ und Netzwerken entstanden, die sich dem Ziel der Vermittlung von grundlegenden

Werten für eine demokratische und tolerante Gesellschaft verpflichtet fühlen. Mit dieser Veröffentlichung liegt eine nutzerorientierte und nutzerfreundliche Übersicht der Aktivitäten staatlicher und nichtstaatlicher Stellen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in Berlin vor. Bestellanschrift: Landeskommission Berlin gegen Gewalt, c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport von Berlin, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin, Tel.: 030/90 26-52 53, Fax: 030/90 26-50 03
E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenBJS.Verwalt-Berlin.de

Ich-AG-Pleiten. Die Zahl der Ich-AG-Abbrechenden wird in diesem Jahr voraussichtlich dramatisch ansteigen. Nach einer Prognose der Gründerinitiative ueberbrueckungs.geld.de ist mit einem Anstieg von 47 000 Abbrechenden im Jahr 2004 um mehr als 90 % auf 90 000 im Jahr 2005 zu rechnen. Nach ihrer Einschätzung überleben 95 % der Gründungen zwar die ersten elf Monate ihrer Existenz. Im zwölften und dreizehnten Monat beenden aber 40 % der dann noch bestehenden Ich-AGen die Förderung. *Quelle: DHV – Deutsche Angestelltenzeitung 2.2005*

► Soziales

Selbsthilfegruppenförderung durch die BfA. Im Rahmen der Förderung der Rentenversicherung der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA) gemäß § 31 Abs.1 Satz 1 Nr. 5 Sozialgesetzbuch VI wird die „pauschalierte Selbsthilfegruppenförderung“ ab 2006 vereinfacht. Bei diesem neuen Verfahren handelt es sich um eine pauschale Beantragung von Zuwendungen. Eine Selbsthilfegruppe kann maximal 200 Euro pro Gruppe und Jahr zum Beispiel für Porto, Telefonkosten, Fahrgeld, Büromaterial, Literatur, Material und Honorare pauschal beantragen. Die Gruppen haben jetzt die Möglichkeit, den Zuschuss flexibel zu verwenden. Diese Posten müssen zudem nicht mehr einzeln im Antrag und Nachweis aufgeführt werden. Die alten Formulare zur „pauschalierten Selbsthilfegruppenförderung“ dürfen ab 2006 nicht mehr verwendet werden. *Quelle: DHS-Newsletter vom 7. April 2005*

Arbeitslosengeld II. Der Wechsel von bis zu 90 % der Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaften in das neue Hilfesystem für Arbeitslose nach Hartz IV ist keine Überraschung. Bereits im Juni 2004, als die Verhandlungen zu Hartz IV im Vermittlungsausschuss geführt wurden, prognostizierte der Deutsche Städtetag, dass rund 90 % der Sozialhilfe-Bedarfsgemeinschaften in das neue Leistungsrecht überwechseln würden, weil die Vorstände dieser Bedarfsgemeinschaften als erwerbsfähig einzustufen sind. Die Bundesregierung ging damals von einer Quote von 85 % Wechselnden in das neue Leistungssystem aus. Der Vorwurf einer systematischen Fehlzuweisung von dauerhaft erwerbsfähigen Sozialhilfebeziehenden in das neue Leistungsrecht für Arbeitslose erscheint abwegig, fehlerhafte Zuweisungen im Einzelfall werden von den Kommunen überprüft. Der Deutsche Städtetag appelliert eindringlich für mehr Sachlichkeit in den Informationen und Auseinandersetzungen über Hartz IV. *Quelle: Mitteilungen des Deutschen Städtetages vom 4. April 2005*

Riesterrente für alle. Für eine „Riesterrente für alle“ plädiert der Deutsche Caritasverband. Die vom SPD-Vorsitzenden Müntefering vorgeschlagene obligatorische Zusatz-

versicherung sollte besonders Geringverdienenden und Familien zugute kommen, erklärte der Deutsche Caritasverband in Freiburg. Nach Vorstellungen des Wohlfahrtsverbandes sollte neben der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente für schlechter abgesicherte Menschen ein Rentenkonto auf Kapitaldeckungsbasis eingeführt werden. Die staatliche Kinderzulage auf die so genannte Riesterrente sei aber deutlich aufzustocken und Familien zu entlasten. Der Deutsche Caritasverband nannte es sinnvoll, eine solche Rente angesichts des breiten Kreises von Versicherten über Steuern zu finanzieren. *Quelle: Stimme der Familie 1-2.2005*

Persönliches Budget. Ein Kompetenzzentrum zum Thema „Persönliches Budget“ hat der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband (DPWV) in Mainz eingerichtet. Seit Juni 2004 haben Menschen mit Behinderung gegenüber Leistungsträgern einen Ermessensanspruch auf Geldleistungen (Budget) anstelle von Sachleistungen. Diese Leistungsform stellt zahlreiche Anforderungen an Menschen mit Behinderung, an Leistungsträger und an die Mitarbeitenden der Einrichtungen der Behindertenhilfe. Das auf drei Jahre Arbeit angelegte Kompetenzzentrum des DPWV, gefördert von der Aktion Mensch, ist eine bundesweit tätige Informations- und Dokumentationsstelle. Sie will unter anderem Verfahren zur Bedarfsermittlung entwickeln sowie Zulassungskriterien für Leistungserbringende und Verfahren zur Qualitätssicherung erarbeiten. Experten- und Fortbildungsrundforen gehören ebenso zum Aufgabenspektrum des Zentrums wie die Analyse von Erfahrungen aus dem In- und Ausland. Weitere Informationen: Paritätisches Kompetenzzentrum Persönliches Budget, Drechslerweg 25, 55128 Mainz, Tel. 061 31/936 80 12, Fax: 061 31/936 80 50
E-Mail: budget@paritaet.org

► Gesundheit

Raucherinnen und Raucher. Nach aktuellen Erhebungen führen noch immer die Männer mit 37 % die Statistik der Rauchenden an, gefolgt von 31 % rauchender Frauen. Es ist zu erkennen, dass sich die Raucherrate der Frauen und die der Männer immer mehr angleicht. So sinkt seit 1995 die Rate der Männer, hingegen steigt die der 18- bis 24-jährigen und der 40- bis 59-jährigen Frauen an. Auch unter den starken Rauchern lässt sich ein ähnliches Phänomen auffinden. Die Raucherrate der älteren Männer (40-59 Jahre) fällt seit 1997 (von 20,1 % auf 15,9 %), die der älteren Frauen hingegen steigt von 7,1 % auf 8,9 %. Bereits in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen stark Rauchenden ist die Anzahl bei Männern mit der bei Frauen fast identisch, in der männlichen Bevölkerung liegt sie bei 6,7 %, in der weiblichen bei 6,6 %. Die Autorinnen und Autoren einer Repräsentativerhebung führen die Annäherung der geschlechtsspezifischen Raucherrate auf eine Änderung der Geschlechterrollen zurück. *Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Hauptstelle für Suchtfragen vom April 2005*

Gesundheitsberichterstattung Berlin. Basisbericht 2003/2004: Daten des Gesundheits- und Sozialwesens. Hrsg. Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz. Selbstverlag. Berlin 2004, 529 S., EUR 15,- *DZI-D-7114*

Dieser neue Bericht stellt eine breite Datenbasis und kommentierende Texte zu den Themenfeldern Bevölkerung und

bevölkerungsspezifische Rahmenbedingungen des Gesundheitssystems, zu gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen, Gesundheitsrisiken aus der Umwelt, Inanspruchnahme von Leistungen der Gesundheitsförderung und -versorgung sowie Einrichtungen, Beschäftigte, Finanzierung und Kosten im Gesundheitswesen zur Verfügung. Die umfangreichen Informationen erlauben nicht nur die Bewertung der Berliner Situation und der Bezirke seit 1991. Sie bieten mit Daten anderer Länder und Großstädte auch nationale und internationale Vergleichsmöglichkeiten. Eine Kurzfassung des Basisberichts steht als PDF-Datei im Internet unter www.berlin.de/sengessozv/statistik/index.html zum kostenfreien Abruf zur Verfügung. Bezugsadresse der Druckversion: Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz von Berlin, Oranienstr. 106, 10969 Berlin, Tel.: 030/90 28-29 82, Fax: 030/90 28-20 67

Pflege in Heimen und durch ambulante Dienste. Im Dezember 2003 waren 2,08 Mio. Menschen in der Bundesrepublik Deutschland pflegebedürftig im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes (Sozialgesetzbuch XI). Das waren rund 37 000 oder 1,8 % mehr als 2001. 69 % oder 1,44 Mio. der Pflegebedürftigen wurden zu Hause versorgt. Davon erhielten 987 000 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, sie wurden also in der Regel zu Hause allein durch Angehörige gepflegt. Weitere 450 000 Pflegebedürftige lebten ebenfalls in Privathaushalten. Bei ihnen erfolgte die Pflege durch ambulante Pflegedienste. 640 000 (31 %) wurden in Pflegeheimen betreut. Im Vergleich zu 2001 zeigt sich ein Trend hin zur professionellen Pflege in Pflegeheimen und durch ambulante Pflegedienste: So stieg die Zahl der in Heimen betreuten Pflegebedürftigen um 5,9 % (+ 36 000) und die der durch ambulante Dienste Versorgten um 3,6 % (15 000), während die Pflege durch Angehörige um 1,4 % abnahm. Somit sank auch der Anteil der zu Hause Versorgten von 70,4 % auf 69,2%. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 162/05*

Milieutherapie in der stationären Dementenbetreuung. Ein Theorie-Praxis-Abgleich am Beispiel zweier Einrichtungen in Braunschweig. Von Birgit Klauer. Hrsg. Stadt Braunschweig. Eigenverlag. Braunschweig 2004, 53 S. + Anhang, EUR 10,- *DZI-D-7118*
Der Anteil der demenziell erkrankten Menschen in stationären Einrichtungen der Altenhilfe ist stark angestiegen. Für diesen Personenkreis müssen neue und innovative Versorgungs- und Betreuungsansätze gefunden werden. Im Jahr 2003 sind in der Stadt Braunschweig zwei spezifizierte Einrichtungen entstanden, die sich der Zielgruppe der schwerstkranken dementen Menschen zuwenden und die in ihren Konzepten nicht mehr nur die Pflegequalität, sondern auch die Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner in den Mittelpunkt stellen. In einer Studie wurde überprüft, wie der theoretische Grundgedanke der Milieu-therapie in die Praxis übertragen werden kann. Die Untersuchungen haben ergeben, dass Menschen mit einer Demenz von diesen neuen und innovativen Wohnformen profitieren, da hier kein soziales Reglement „normgerechte“ Verhaltensweisen abfordert. Bezugsadresse: Stadt Braunschweig, Fachbereich Soziales und Gesundheit, Seniorenbüro, Am Fallersleber Tore 1, 38100 Braunschweig, Tel.: 05 31470-80 14, Fax: 05 31470-29 51

Prävention. Prävention soll künftig im Gesundheitswesen ein größeres Gewicht erhalten. Darüber beriet der Bundestag in erster Lesung. Die Opposition lehnt das Gesetz wegen der geplanten Finanzierung ab. Danach sollen pro Jahr 250 Mio. Euro ausgegeben werden. Mit 180 Mio. Euro tragen die Krankenkassen den Großteil der geplanten Ausgaben. 20 Mio. Euro zahlen die Unfallkassen, 40 Mio. die Rentenversicherungsträger und zehn Mio. Euro die Pflegekassen. *Quelle: Ver.Di Publik 4.2005*

► Jugend und Familie
Aktiv gegen Abwanderung von Jugendlichen aus den neuen Bundesländern. Bei der „Stiftung Demokratische Jugend“ wurde im März 2005 eine Koordinierungsstelle eingerichtet, die sich übergreifend mit dem Problem der Abwanderung von Jugendlichen aus den neuen Ländern befassen soll. Die Koordinierungsstelle ist ein Resultat des Projekts „wir ... hier und jetzt“, das Ende 2004 endete. Rund 13 000 Jugendliche beteiligten sich an dem Projekt, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit 4,24 Mio. Euro gefördert worden war. Während der einjährigen Laufzeit der Initiative wurden 416 Projekte unterstützt. Angeboten wurden Projekte zur Berufsfindung, lokalen Vernetzung und zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements von Jugendlichen in Berlin und den neuen Ländern. *Quelle: BBE-Newsletter 7.2005*

Ring frei – für Vielfalt. Arbeitshilfe zum Fairplay in der interkulturellen Jugendarbeit. Hrsg. Landesjugendring Baden-Württemberg e.V. Eigenverlag. Stuttgart 2004, 77 S., kostenfrei *DZI-D-6952*
Die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in die Jugendarbeit will der Landesjugendring Baden-Württemberg stärker vorantreiben, denn Integration ist ein wechselseitiger Prozess. Es geht nicht nur um Anpassung an die deutsche Gesellschaft, sondern um einen gleichberechtigten Umgang. Anlässlich der „Interkulturelle Woche“ gab der Landesjugendring diese Arbeitshilfe heraus. Darin stellen sich Migrantenorganisationen vor und traditionelle Jugendringe und -verbände berichten von bisherigen Erfahrungen in der interkulturellen Arbeit. Bezugsadresse: Landesjugendring Baden-Württemberg e.V., Siemensstr. 11, 70469 Stuttgart, Tel.: 07 11/164 47-0, Fax: 07 11/164 47-77, E-Mail: info@ljbw.de

Trennung der Eltern ist nicht immer eine Belastung. 20 % der Kinder zwischen neun und 14 Jahren in Hessen leben in Familien mit getrennten Eltern – das zeigt eine Umfrage unter 2 200 Schülerinnen und Schülern der 4. und 9. Schulklassen, die im Kinderbarometer Hessen 2004 ausgewertet wird. Für viele Kinder gehört eine Trennung der Eltern damit längst zum Alltag. Betroffen von der hohen Scheidungsrate sind zu gut einem Drittel gemischtnationale Ehen und 19 % deutsche Ehen. Die Siedlungsform scheint sich auch in der Häufigkeit der Trennungen auszuwirken: je größer der Wohnort, desto häufiger befinden sich in Hessen Kinder in getrennt lebenden Familien. Die Trennung der Eltern jedoch scheint die Kinder nicht generell längerfristig stark zu belasten. Der Mittelwert des Wohlbefindens der Kinder innerhalb der Familie ergab die Note „gut“. Der Wert bei Kindern, die bei einem allein erziehenden Elternteil leben, weicht davon kaum ab. Lediglich Kinder, die bei einem leiblichen Elternteil mit neuem

Lebenspartner oder neuer Partnerin wohnen geben an, sich in ihrer familiären Situation weniger wohl zu fühlen. *Quelle: Pressemitteilung 05-04-12 der Hessenstiftung Familie hat Zukunft*

(Mehr) Selbstverantwortung zulassen. Neue Konzepte in der Kinder- und Jugendhilfe. Hrsg. Verein für Kommunalwissenschaften e.V. Selbstverlag, Berlin 2004, 122 S., EUR 17,- *DZI-D-7023*

Inwieweit lässt Jugendhilfe zu, dass Familien für sich und andere Verantwortung übernehmen und selber mitentscheiden, welche Art der Hilfe und Unterstützung sie im Familienalltag brauchen? Und wenn Jugendhilfe dies tut, was bedeutet „mehr Selbstverantwortung zuzulassen“ für die praktische alltägliche Arbeit von Fachkräften in der Jugendhilfe? Wie müssen professionell ausgerichtete Leistungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe für Familien angelegt sein, damit die Erziehungsressourcen der Eltern stärker zum Tragen kommen? Welche (übertragbaren) innovativen Modelle gibt es? Wie kann eine strukturierte ressourcenorientierte Beratung für Familien mit Problemen in der Praxis implementiert werden? Diese und andere Fragen wurden auf einer Tagung 2004 in Berlin mit den Teilnehmenden diskutiert. Es ging darum, wie sich Sozialarbeit und damit auch das Rollenverständnis von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in einer lebendigen Bürgergesellschaft verändern sollte und wie die Eigenressourcen und Erziehungskompetenzen von Familien gestärkt werden können. Bezugsadresse: Verein für Kommunalwissenschaften e.V., Straße des 17. Juni 112, 10623 Berlin, Tel.: 030/390 01-0, Fax: 030/390 01-100

Verständigungsprobleme zwischen Lehrkräften und Eltern. Verständigungsprobleme belasten nach einer Studie zunehmend die Zusammenarbeit von Lehrpersonal und Eltern zum Wohl der Schülerinnen und Schüler. Lehrerinnen, Lehrer, Schulleitung, Elternbeirat und Eltern lebten in verschiedenen Welten, heißt es in einer Studie im Auftrag der Stiftung Bildungswerk Bayern. Dabei hatte der Erlanger Schulpädagoge Werner Sacher repräsentative Befragungen an knapp 600 öffentlichen und privaten Schulen durchgeführt. Ein Grund wird im gegenseitigen Misstrauen gesehen, das eine Kommunikation hemme. Zudem führten die Gesprächsthemen der Lehrkräfte oft an den Fragen der Eltern vorbei. Vor allem bei den Themen Erziehung, Unterrichtsgestaltung, Verhaltensstörungen oder Gewalt fühlten sich die Eltern allein gelassen. *Quelle: W&S, Wirtschaftliche und soziale Bildung 2.2005*

► Ausbildung und Beruf

Bachelor- und Masterstudiengänge in der Sozialen Arbeit. Im Zentrum einer Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter stand das Thema der Neustrukturierung der Ausbildung. Professor Dr. Ulrich Bartosch aus Eichstätt-Ingelstadt stellte Konzepte, Planungen und Auswirkungen des neuen gestuften Studiensystems auf die Praxis vor dem Hintergrund des Fachkräftegebots nach § 72 Sozialgesetzbuch VIII vor. Ziel der derzeitigen Entwicklung sei es, europaweit vergleichbare Studieneinrichtungen und -abschlüsse zu definieren. Durch die fortschreitende Individualisierung der Ausbildung und der zunehmenden Notwendigkeit des Nachweises lebenslangen Lernens soll eine höhere „Employability“ erreicht werden.

Prof. Bartosch betonte die Notwendigkeit, im Rahmen der Personalentwicklung die veränderten beruflichen Qualifizierungswege in Rechnung zu stellen und forderte nachdrücklich eine stärkere Beteiligung von Fachleuten aus den sozialen Arbeitsfeldern an den Akkreditierungsverfahren für die neuen Studiengänge. Im Ergebnis dieses Vortrages nahmen sich die Leiterinnen und Leiter der Landesjugendämter vor, sich zunächst intensiver mit den konkreten Entwicklungen in ihren jeweiligen regionalen Zuständigkeitsbereichen zu befassen. *Quelle: Pressemitteilung 5.2004 der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter*

Neues Berufsbildungsgesetz. Künftig können Auszubildende bis zu einem Viertel ihrer Ausbildungszeit im Ausland verbringen. Dies ermöglicht das neue Berufsbildungsgesetz, das am 1. April 2005 in Kraft trat. Voraussetzung für die Ausbildung im Ausland ist allerdings, da sich Auszubildende und Arbeitgeber einig sind über den Auslandsaufenthalt, denn der Arbeitgeber ist verpflichtet, die Ausbildungsvergütung weiter zu zahlen. Gleichzeitig wird das Prüfungswesen modernisiert. Die Abschlussprüfung kann „gestreckt“ – in zwei Teilen – durchgeführt werden statt wie bisher einheitlich zu einem Zeitpunkt. Die Länder erhalten zudem mehr Spielraum, um neue Ausbildungsberufe und -formen zu erproben und zu prüfen. Auch eine Teilzeitausbildung ist jetzt – unter Beibehaltung der regulären Ausbildungsdauer – möglich. Dies erleichtert in der Ausbildung Befindlichen, die bereits Kinder haben oder pflegebedürftige Angehörige betreuen, einen Ausbildungsabschluss. *Quelle: Informationen aus Wirtschaft & Arbeit 1.2005*

Sozialarbeit, Sozialpädagogik im Umbruch? Das Berufsfeld von Sozialarbeiter/-innen und Sozialpädagogen/-innen im Mikrozensus 1993-2000. Von Wolfgang Pich. Hrsg. Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (IAJ). Selbstverlag, Oldenburg 2004, 64 S., EUR 10,- *DZI-D-7119*

Diese Studie wendet ein neues Instrument der Berufsfeldforschung für Sozialarbeit und Sozialpädagogik auf der Grundlage von Individualdaten aus dem Mikrozensus an und stellt dieses Instrument in seinen vielfältigen Analyse-möglichkeiten vor. Die Untersuchung verfolgt zunächst den Berufseintritt von Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen, analysiert dann Phasen der Nichterwerbstätigkeit im Zusammenhang mit Familienstand und Kinderzahl und geht anschließend der Frage nach, ob nach einer akademischen Ausbildung auch ein Beruf ergriffen wird, der dem Ausbildungsniveau entspricht. Die Studie beschreibt den seit Beginn der 1990er-Jahre zu erkennenden Umbruch der Arbeitsbedingungen in Bezug auf den Beschäftigungsumfang und die Befristung des Arbeitsverhältnisses. Außerdem werden Faktoren der Stabilität des Arbeitsverhältnisses hinsichtlich eines erfolgten Berufs- oder Betriebswechsel und der Suche nach einer anderen Arbeit dargestellt. Bezugsanschrift: Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe, Haarenfeld 7, 26129 Oldenburg, Tel.: 04 41/973 88 37, Fax: 04 41/973 88 39
E-Mail: gerhard.christe@iaj-oldenburg.de

Eilantrag gegen Bachelorberatung abgelehnt. Das Bundesverfassungsgericht hat einen Eilantrag des Landes Hessen gegen ein Programm abgelehnt, mit dem die Bun-

desregierung die Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen an den Hochschulen unterstützen will. In dem Verfahren will der hessische Ministerpräsident Roland Koch dem Bund untersagen lassen, den Aufbau eines Kompetenzzentrums und den Einsatz von Expertinnen und Experten an Universitäten zu fördern. In der Einrichtung des Zentrums sieht Koch einen „Eingriff in eine Kernkompetenz der Länder“. Er hält die Initiative für verfassungswidrig. Die Hochschuldirektorenkonferenz (HRK), mit der der Bund das Zentrum aufbauen will, hält diesen Vorstoß für chancenlos. Das Zentrum soll eine Einrichtung der HRK und nicht des Bundes sein. Vom Bundesbildungsministerium sind dafür bis zum Jahr 2007 Bundesmittel in Höhe von 4,4 Mio. Euro vorgesehen. Von April 2005 an sollen 20 ausgewählte Hochschulen entsprechende Mittel zur Beschäftigung von „Bologna-Experten“ durch die HRK erhalten. Bedingung ist, dass die Hochschulen bis zum Wintersemester 2007/08 Bachelor- und Masterstudiengänge flächendeckend einführen. *Quelle: Der Tagesspiegel vom 13. April 2005*

Qualifizierung zur Anleitung. Im Rahmen der Veränderung in der Ausbildung zur Erzieherin, zum Erzieher wurde im Saarland ein neues Anerkennungsverfahren für Praktikumsstellen eingeführt. Die Anerkennung ist nun sowohl für das Vorpraktikum als auch für das Anerkennungsjahr notwendig und wird für beide Praktika generell und unbefristet gemeinsam beantragt und genehmigt. Dabei ist von Bedeutung und wesentlicher Qualitätsfaktor, dass zukünftig nur noch Beschäftigte mit einer Anleitung beauftragt werden dürfen, die eine entsprechende Qualifizierung besitzen und nachweisen können. In das aktuelle Fortbildungsprogramm des Landesjugendamtes Saarland werden weitere Angebote zu diesem Thema aufgenommen. *Quelle: Rundbrief 1.2005 des Landesjugendamtes Saarland*

Fachtagung zum Bachelor und Masterstudium fand in München statt. Wie sieht das Bachelor- und Masterstudium der Sozialen Arbeit künftig aus und welche Anforderungen stellen Fachleute der Praxis an die Absolventinnen und Absolventen? Diese Fragen standen Ende Januar im Mittelpunkt einer Fachtagung in München. In den Fachbeiträgen wurde deutlich, dass der Fachbereich Soziale Arbeit der Katholischen Stiftungshochschule München (KSFH) und der Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule München dem Studienmodell 7:3 den Vorzug geben. Danach dauert der Bachelorstudiengang insgesamt sieben Semester, ihm folgt ein dreisemestriger konsekutiver (aufbauender) Masterstudiengang. Bei dem Bachelorstudiengang wird es künftig ein in sechs Theoriesemester eingebettetes Praxissemester geben. Da der Praxisbezug der Fachhochschulen als bedeutsames Moment im künftigen Wettbewerb mit den Universitäten angesehen wird, soll es über dieses Praxissemester hinaus zusätzliche Praxisanteile im Studium geben. Der künftige dreisemestrige Masterstudiengang an der KSFH führt zum „Master of Social Work“ und steht allen Studierenden mit einem fachverwandten Abschluss offen. Er qualifiziert für Leitungsaufgaben und wissenschaftliche Tätigkeit. Von Seiten der Praxisvertreterinnen und -vertreter wurde die Bedeutung einer kontinuierlichen Praxiserfahrung für die Studierenden betont. Man wünsche sich die Sozialarbeiterinnen

und Sozialarbeiter mehr als Generalisten denn als Spezialisten. Neben fundiertem Rechtswissen würde zunehmend ein Verständnis für die Zusammenhänge zwischen Konzept, Struktur und finanziellen Mitteln notwendig. *Quelle: Pressemitteilung der KSFH München vom Februar 2005*

Arbeitsfeld Alten- und Pflegeheime. Alten- und Pflegeheime sind für Sozialarbeiterinnen und Sozialpädagogen ein Arbeitsfeld mit Wachstumschancen. Derzeit sind die Professionellen der Sozialen Arbeit in stationären Einrichtungen der Altenhilfe eher marginal vertreten. In einigen Häusern jedoch gestalten die Fachkräfte der Sozialen Arbeit die Betreuung der Bewohnerinnen und Bewohner durch direkte (soziale Betreuung) und indirekte (Gestaltung der Rahmenbedingungen des Heimlebens) Leistungen. Sozialarbeit im Altenheim scheint bisher relativ wenig Beachtung zu finden. Zeigte Google bei einer Recherche vor einiger Zeit zum Stichwort Krankenhaussozialarbeit ungefähr 465 Treffer an, war es zur Altenheimsozialarbeit nur einer. Diese Erfahrung wurde zum Anlass genommen, interessierten Personen ein Portal für einen Erfahrungsaustausch und eine Fachdiskussion zur Verfügung zu stellen: redaktion@altenheimsozialarbeit.de www.altenheimsozialarbeit.de